

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 7/44. Jg.

13. Febr. 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.— Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Litzow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Postverlagort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Der „politische“ und der „weltwirtschaftliche“ Preis

Der Preis der Rohstoffe und der Nahrungsmittel ist, soweit seine Gestaltung auf dem Weltmarkt erfolgt, in ständigem, sogar stürmischem Rücklauf begriffen. Auch der Großhandelsindex der einzelnen Länder geht zurück, aber durchaus nicht in demselben Maße wie die Weltmarktpreise. Noch weniger kann man von einer raschen Senkung der Detailpreise sprechen, obzwar auch auf diesem Gebiete eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen ist. Es ist kein Wunder, daß diese Unterschiede, von deren Beseitigung für die Lösung der Weltwirtschaftskrise so viel abhängt, die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigen. Wie immer in entscheidenden Augenblicken der wirtschaftlichen Entwicklung stellen sich zur rechten Zeit Begriffe ein, die diese Unterschiede leichtfäglich zu erklären suchen. So spricht man heute von nichtorganisierten und organisierten Preisen, wobei man mit dem ersten Begriff die Preise für Rohstoffe auf dem Weltmarkt bezeichnet, die zwar vielfach organisiert waren, deren Organisation jedoch nicht mehr funktioniert. In Deutschland spricht man von gebundenen und nichtgebundenen Preisen. Ebenso oft spricht man von dem Unterschied zwischen Weltmarktpreisen und politischen Preisen. Letztere Bezeichnung will gleichfalls die verschiedene Gestaltung der Inlandspreise zum Ausdruck bringen.

Die Gestaltung der Inlandspreise ist in hohem Maße ein politisches und ein Machtproblem. Es wäre aber verfehlt, zu denken, daß die Bildung der internationalen Rohstoffpreise, wie z. B. die von Zucker, Kaffee, Kupfer, Baumwolle, Weizen usw. sich nur nach den ewigen und unwandelbaren Gesetzen der heiligen Nationalökonomie richte, allein dem Druck der Nachfrage und des Angebots gehorchend unter Ausschaltung jeglicher politischer Einmischung. Schon bei der Besitznahme der Rohstofflager waren vielfach Machtverhältnisse entscheidend, ihre Ausbeutung gehört zu den wichtigsten Problemen der imperialistischen Kolonialgroßmächte. Hinter den Produzenten steht ihr Staat; oft werden staatliche Machtmittel angewandt, um Preiserhöhungen zu erzielen oder Preisrückgänge aufzuhalten. Der Machtapparat der Vereinigten Staaten stellt sich den Landwirten, Zucker-, Baumwoll- und Rohölproduzenten, den Kupfer- und Kohlenkönigen zur Verfügung. Daß diese Hilfsmaßnahmen sich nicht bewährten, daran ist nicht die amerikanische Regierung, sondern die Tatsache schuld, daß die Produktion dieser Rohstoffe augenblicklich den Verbrauch derselben bedeutend übersteigt. Eine Regelung der Produktion wäre nur auf Grund einer großzügigen Planwirtschaft denkbar, die aber die kapitalistischen Staaten heute noch entschieden zurückweisen.

Während aber die Machtmittel für die Regelung der Weltmarktpreise nicht ausreichen, verfügt jeder Staat über ausgiebige Machtmittel, um die Preisgestaltung auf seinem eigenen Gebiete zu beeinflussen. Innerhalb eines jeden Staates geht ein scharfer Kampf vor sich, in dem alle Klassen, alle Berufszweige ihre ganzen Kräfte einsetzen, um ihren Anteil an dem Sozialprodukt oder an dem Volkseinkommen zu erhöhen bzw. die Verminderung dieses Anteils zu verhindern. Man ist heute daran gewöhnt, jeder wirtschaftlichen Tatsache, die durch Entscheidungen von Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung, durch Übereinkommen von parlamentarischen Parteien, Berufsorganisationen und Gewerkschaften zustandekommt, einen politischen Charakter beizumessen. In einem festorganisierten Staate, wo die Klassengegensätze scharf herausgebildet sind und wo die Arbeiterschaft Einfluß hat, kann man sich überhaupt keine wirtschaftliche Tatsache vorstellen, die nicht eine politische Färbung erfuhr. Die Gestaltung der Preise ist zwar in diesen Ländern ein nicht weniger wirtschaftlicher Prozeß als die Preisgestaltung auf dem internationalen Rohstoffmarkt, nur daß in dem ersten Falle die politischen Mittel diesen Wirtschaftsprozess weitgehend beeinflussen, als es in dem zweiten der Fall ist. Daß die Zollgesetzgebung die Gestaltung der

Preise in Ländern, die an den zollgeschützten Waren einen Einfuhrbedarf haben, mit Erfolg zu beeinflussen vermag, ist eine altbekannte Tatsache. Das Maß des Zollschutzes hängt in erster Reihe von der Machtlage derjenigen Klasse ab, die den Zollschutz verlangt. Der jetzige Stand der Agrarzölle in Deutschland und einigen anderen landwirtschaftlichen Einfuhrländern, die dem größten Teil der Bevölkerung ein schwer zu tragendes Opfer aufbürden, weist auf den Umstand hin, daß der politische Einfluß der Agrarier in diesen Ländern überaus stark ist. Nichts ist einfacher als die Erklärung, daß die Herabsetzung der Agrarzölle die Verbilligung der Lebensmittel und der Rohstoffe herbeiführen würde.

Um diese Preissenkung zu bewerkstelligen, wäre es vor allem notwendig, den Widerstand der Agrarier zu brechen. Wer die politische Lage in Deutschland, Österreich und in der Tschechoslowakei selbst nur flüchtig kennt, weiß, daß dies nur um den Preis der schwersten politischen Kämpfe, die sogar die Existenz der betreffenden Staatsgebilde gefährden würden, möglich wäre.

Die Unternehmer versuchen, die durch den Rückgang der Nachfrage bedingte Preissenkung auf die Schultern der Arbeiter zu überwälzen, die Arbeiter wehren sich selbstverständlich dagegen. In dem Endkampfe setzen beide Parteien ihre letzten Reserven ein, überall sind die gelben Gewerkschaften und die faschistischen Organisationen letzten Endes Mittel, um von der Kapitalistenklasse den bitteren Kelch der Profitsenkung abzuwenden. In allen modernen Staaten erfordert der Staatshaushalt außerordentlich hohe Summen. Nicht nur das Einkommen der Staatsangestellten, sondern auch das breitere Volksschichten hängt davon ab, ob sie sich an den Staatsausgaben einen entsprechenden Anteil sichern können. Unternehmensgewinn, ja auch das Lohnniveau der Arbeiter hängt in vielen Industriezweigen davon ab, welche Bestellungen Staat und öffentliche Körperschaften machen und welchen Preis sie für die Lieferungen bezahlen. Die Höhe und die Verteilung der Steuern und der Soziallast ist ein bedeutsamer Faktor der Preisgestaltung. Zur schnelleren Herbeiführung der Preissenkung wird von kapitalistischer Seite die Herabsetzung der Steuern, der Soziallasten und der Staatsausgaben verlangt. Man will selbstverständlich nur diejenigen Steuern herabsetzen, die die Kapitalisten zahlen, und solche Ausgaben drosseln, die den unteren Volksklassen zugute kommen.

Man kann sich überhaupt kein politisches Ereignis der zeitgenössischen Geschichte vorstellen, das nicht in unlösbarem Zusammenhang mit der Preisfrage stünde. Die Revolutionen in Mittel- und Südamerika waren die politischen Folgen des katastrophalen Rohstoffpreises. Die größten Schwierigkeiten der Regierungen in England, Italien und Deutschland, die Kämpfe der politischen Parteien und noch mehr der Kampf zwischen Demokratie und Faschismus entspringen der Tatsache, daß es in diesen Staaten noch nicht gelungen ist, die Spannung zwischen Weltmarkt- und Inlandspreisen einerseits, Großhandels- und Detailpreisen andererseits aufzuheben.

Der Klassenkampf um die Preissenkung könnte freilich vorübergehend sehr vereinfacht werden, indem man auf die Preissenkung überhaupt verzichtete. Da Preissteigerung meistens Erhöhung der Grundrente, des Unternehmerprofites, des Handelsgewinnes, der Löhne und der Gehälter bedeutet, so kann das Lösungswort der Preissteigerung auf die unwissenden Massen der Nationalsozialisten und der Hugenberg-Leute eine große Anziehungskraft ausüben. Nach dem Nationalsozialisten Feder erhebt jetzt in Deutschland Hugenberg die Forderung nach Inflation. Die Arbeiterschaft weiß aber aus bitterer Erfahrung, was sie von diesem Rezept halten soll. Sie will nicht — vielleicht nach sehr kurzer Unterbrechung — noch einmal das Opfer einer gewissenlosen Inflation werden. Sie wird sich davor hüten, sich vor den Wagen der Reaktion spannen zu lassen.

Die Großmacht der „kleinen Leute“

So anmaßend es klingen mag: Die Hauswirtschaft der „kleinen Leute“ bildet eine volkswirtschaftliche Großmacht. Man empfindet dies niemals stärker, als in wirtschaftlichen Notzeiten. Der Begriff „Konsum“, womit man die Verteilungsstelle einer Konsumgenossenschaft meint, hat Weltgeltung, und in Deutschland kennt ihn jedes Kind. Wie es nun mit dieser Großmacht beschaffen ist, ergibt sich aus dem Umfange der konsumgenossenschaftlichen Güterbewegung, die als Warenversorgung von Millionen deutscher Familien in die Erscheinung tritt. Um nahezu 4 Millionen Familien mit dem täglichen Lebensmittelbedarf, zuzeiten auch mit sog. Hausstandsartikeln, Wäsche und Kleidung zu versorgen, dazu gehört schon eine großzügig aufgebaute Organisation, wie sie in den rund 1600 Konsumgenossenschaften vorhanden ist. Und man darf ihre wirtschaftliche Bedeutung nicht nur im einzelnen abschätzen, wie etwa den Privathandel, sondern man muß sie „volkswirtschaftlich sehen“. Schon aus dem Grunde, weil sie in 10 Landes- und 2 große Zentralorganisationen zusammengefaßt sind, um durch die wirtschaftliche Kräftekonzentration der 4 Millionen Verbraucherfamilien den höchstmöglichen Nutzeffekt aus der Kaufkraft auch der kleinsten Einkommen herauszubringen. Versteht sich, für die Familien selbst. Denn das ist leicht einzusehen, daß der genossenschaftliche Großeinkauf, wie ihn die Konsumgenossenschaften schon an und für sich, noch mehr aber durch ihre großen Waren- und Produktionszentralen betätigen können, in Qualität und Preis der Ware zum Ausdruck kommen müssen. Demgegenüber bleibt der Privathandel auf den Gebieten, wo ihm der „Konsum“ gegenübersteht, unbedingt im Hintertreffen. Denn er hat keine konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucherfamilien als Kundschaft; er muß mit soundsoviel Privatgeschäften auf dem „freien Markt“ konkurrieren, was Geld- und Warenrisiko bedeutet.

Infolgedessen haben die Konsumgenossenschaften einen Stand wirtschaftlicher Großmacht erreicht, wie man es sich vor drei Jahrzehnten noch nicht hat denken können. Und alles Gerede ihrer Gegner über die „sozialdemokratischen“ Konsumgenossenschaften hat nur den geschäftlichen Zweck, die Bevölkerung über die Tatsache wegzutäuschen, daß es sich bei den Konsumgenossenschaften um reine wirtschaftliche Verbraucherorganisationen handelt, die der gemeinnützigen Warenversorgung ihrer Mitglieder dienen.

Diese wirtschaftliche Großmacht der „kleinen Leute“ zeigt sich darin, daß ihre Mitgliederzahl von 2.439.000 Familien im Jahre 1914 auf nahezu 4 Millionen im Jahre 1930 gestiegen ist. Und die Warenversorgung von 558 Millionen Mark auf 1352 Millionen Mark, wozu noch der Warenumsatz der konsumgenossenschaftlichen Großhandels- und Produktionszentralen mit 105 Millionen Mark im Jahre 1914 und 500 Millionen im Jahre 1930 kommt, so daß die konsumgenossenschaftliche Güterbewegung den Jahresbetrag von nahezu 2000 Millionen Mark (lies 2 Milliarden Mark) erreicht hat.

Damit hat die konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands beispielsweise die Güterbewegung der Vereinigten Stahlwerke (Bochum), des größten kapitalistischen Konzerns, mit rund 1450 Millionen Mark weit übertroffen und die gigantischen Warenhauskonzerne Leonhard Tietz mit 190 Millionen Mark und Rudolf Karstadt mit 400 Millionen Mark, zusammen also mit 590 Millionen Mark mustern noch nicht den dritten Teil der Güterbewegung der konsumgenossenschaftlichen Großmacht.

Diese wirtschaftliche Großmacht der „kleinen Leute“ in Stadt und Land weiter zu stärken, das ist gerade in Notzeiten wie den jetzigen die Aufgabe des Tages. Und wären die finanziellen Ergebnisse im „Konsum“ — neben volkwichtigen Waren stets guter Qualität! — noch so gering, dann gälte doch das Wort: „Wer heute den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert!“

Wunderkuren zur Heilung der Krise

Die furchtbare Wirtschaftskrise läßt selbstverständlich menschliche Gehirne nach Auswegen suchen. Seltene wirtschaftliche Phantasien tauchen auf, wie sie sonst nur in der Zeit der Inflation entstanden.

Als der hervorragendste Wunderdoktor hat sich der Reichsfinanzminister Dietrich empfohlen. Die Krise hat ein Loch in den Etat gerissen, das schon zwei Finanzminister, Hilferding und Moldenhauer verschlungen hat und das sehr leicht auch Dietrich verschlucken kann. Der Etat 1930 schließt mit einem Fehlbetrag von über 1 Milliarde ab. Der Voranschlag von 1931 soll nach den Schätzungen von Fachleuten auch schon einen versteckten Fehlbetrag von fast 1 Milliarde enthalten. Dabei ist noch vorausgesetzt, daß sich die wirtschaftliche Lage nicht verschlechtert, sonst wird der Etat ganz aus den Fugen gerissen. Man kann verstehen, daß Dietrich nach einem Mittel sucht, um die Krise und damit seinen Etat zu heilen, und er glaubt auch, solch ein Mittel gefunden zu haben.

Dietrich schlägt vor, aus den Beständen der Arbeitslosenunterstützung denjenigen Unternehmern Beihilfen zur Lohnzahlung zu geben, die sich zur Neueinstellung von Arbeitslosen bereit erklären. Merkwürdigerweise sollen diese Beihilfen nach seiner Ansicht keine „Subventionen“ sein.

Dietrichs Vorschlag ist von den Gewerkschaften wie von den Unternehmern mit seltener Einmütigkeit abgelehnt worden. Die Gewerkschaften betonen, daß nur eine künstliche Steigerung der Erzeugung erzielt würde, ohne daß irgend eine Möglichkeit geschaffen würde, die erzeugten Waren auch abzusetzen. Nach kurzer Zeit müßten wieder Massenentlassungen erfolgen. Die Subventionen würden die Unternehmer nur in den Stand setzen, die gegenwärtigen überhöhten Preise zu halten, ohne deren Senkung eine Überwindung der Krise nicht möglich ist.

Die Unternehmer lehnen diese Art von Subventionen ab, weil sie nicht wollen, daß kranke Unternehmungen auf Kosten der leistungsfähigen unterstützt werden. Da aber die Unternehmer in dieser Hinsicht sonst gar nicht so heikel sind, dürfte auch ihre Ablehnung auf der Überzeugung beruhen, daß bestenfalls eine kurze Scheinblüte erreicht werden könnte, der ein böses Erwachen folgen müßte.

Dietrichs Plan ist zur Prüfung dem Reichsarbeitsministerium übergeben worden, wo er wahrscheinlich sang- und klanglos verschwinden wird.

In der Presse ist öfters der Vorschlag erörtert worden, die Reparationszahlungen zur Überwindung der Krise zu benützen. Die deutschen Zahlungen sollen an die einzelnen Länder nach ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit verteilt werden und zur Beschäftigung der Arbeitslosen mit Wege- und Brückenbau und ähnlichem verwendet werden.

Dieser Vorschlag hängt völlig in der Luft. Erstens müßten unsere Gläubigerstaaten mit dieser Lösung einverstanden sein, was sie bekanntlich nicht sind. Zweitens würden die zur Verfügung stehenden Mittel nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten.

In das Gebiet des Komischen kommen wir, wenn Hugenberg die Wirtschaft retten will. Für ihn gibt es neuerdings nur einen Weg: Zurück zur Helferich-Mark. Zurück zu einem inländischen Umlaufmittel, das unsere Wirtschaft eine unabhängige Grundlage der Entwicklung gibt.

Also Roggenmark statt Goldmark, und alles ist wieder gut! Aber der Roggenpreis macht die tollsten Sprünge auf und ab. Im Innern schon würden die Preise verrückt werden und jede gesunde Berechnung unmöglich machen. Unser Außenhandel würde aber auf Grund dieser Gummi-Mark so ziemlich vernichtet werden. Es gehört eine seltene Naivität dazu, wenn ein „Wirtschaftsführer“ die Roggenmark als den Weg aus der Krise bezeichnet.

Immerhin ist Hugenberg noch ein Kirchenlicht gegen Gottfried Feder, den „Marx“ der Nationalsozialisten. Feder hat endlich den Dreh gefunden, der im „Dritten Reich“ alle Kapitalnöt als ein Märchen aus dem „Zwischenreich“ erscheinen lassen wird: man drucke Noten! Will man z. B. ein Haus bauen und hat kein Geld, so drucke man Noten und zahle damit Arbeiter und Lieferanten. Diese Noten sind ja durch den Wert des zu bauenden Hauses gedeckt. Feder, der übrigens keine Ahnung von der Wirtschaft hat, übersieht dabei nur eine Kleinigkeit: diese Noten würden als Geld umlaufen. Er würde ununterbrochen neue Noten in die Wirtschaft pumpen und so die schönste Inflation erzeugen. Wenn es nämlich so einfach wäre, wie sich das Feder vorstellt, dann würde man bereits im „Zwischenreich“ endlos Noten drucken und sie durch Häuser, Fabriken, Kanäle usw. decken, statt mit Gold und Devisen, wie es das Reichsbankgesetz leider vorschreibt.

Von den Nazis ist nur noch ein kleiner Schritt zu Ludendorff und Tausend, die mit Hilfe des zunehmenden Mondes aus Dreck Gold machen wollen, um damit insgeheim und verborgen die Reparationen zu zahlen. Man sieht, „Retter“ und Wunderdoktoren gibt es genug, dafür gibt es immer weniger gesunden Menschenverstand, der immer noch der beste Führer aus der Krise sein dürfte.

Gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter

In der Presse ist eine Fülle von Angaben über die Betriebsräte wahlen und den Stand der Arbeitervertretung in den Betrieben erschienen. Ein Gesamtüberblick über den Ausgang der Wahlen im Jahre 1930 konnte aber bis jetzt nicht gewonnen werden, da es der Berichterstattung der Verbände an Einheitlichkeit fehlte. Erst jetzt, mit großer Verspätung, die hoffentlich bei den bevorstehenden Betriebsräte wahlen 1931 vermieden werden kann, sind wir imstande, die nachstehende Übersicht bekannt zu geben, die die Berichte von 18 Verbänden zusammenfaßt. Es fehlen hier Berichte für das Baugewerbe (Baugewerksbund, Zimmerer, Dachdecker), wo die gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter auf besonderen Grundlagen ruht, und für das Bekleidungs gewerbe, wo die Erhebung durch die Vorherrschaft von kleineren Betrieben erschwert wurde. In den übrigen Gewerbe z weigen sind in den Mittel- und Großbetrieben insgesamt etwas mehr als 7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Da aber die Betriebsräte wahlen in der Regel nicht in sämtlichen dazu berechtigten Betrieben stattfinden (in erster Linie scheiden viele Mittelbetriebe aus), muß die Zahl der Arbeiter, die sich an den Betriebsräte wahlen 1930 beteiligt haben, erheblich unter 7 Millionen liegen. Die zusammengefaßten Berichte beziehen sich auf Betriebe mit rund 5,9 Millionen Beschäftigten, sie geben also den Ausfall der Betriebsräte wahlen mit ausreichender Vollständigkeit wieder.

In den erfaßten Betrieben wurden im Jahre 1930 insgesamt 156 145 Arbeiterratsmitglieder gewählt, die sich wie folgt verteilen:

freie Gewerkschaften	135 689	(86,9 v. H.)
christliche Gewerkschaften	11 333	(7,2 v. H.)
H.-D. Gewerksvereine	1 561	(1,0 v. H.)
Kommunisten, Syndikalisten usw.	2 374	(1,5 v. H.)
sonstige Vereinigungen	1 025	(0,7 v. H.)
Nichtorganisierte	4 163	(2,7 v. H.)

Die freien Gewerkschaften herrschen in sämtlichen Betriebsgruppen vor: ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiterratsmitglieder schwankt zwischen 63 bzw. 76 v. H. im Bergbau und auf der Reichsbahn und etwa 95 v. H. im Buchdruckgewerbe, in den öffentlichen Betrieben, bei den Malern u. a. m. Die Christen sind besonders stark im Bergbau (18,7 v. H.) und auf der Reichsbahn (15,8 v. H.) vertreten, haben aber auch in der Textilindustrie und Metallindustrie starke Positionen (9,4 bzw. 7,8 v. H. der gesamten Arbeiterratsmitglieder). Die H.-D. haben nur unter den Eisenbahnern und Metallarbeitern eine nennenswerte Anhängerschaft. Was die Kommunisten betrifft, so ist es ihnen gelungen, bei den letzten Betriebsräte wahlen ganze 1,5 v. H. der Mandate zu erobern, ein klägliches Ergebnis der Kämpfe, die unter ungeheurem Aufwand an Geldmitteln mit allen erdenklichen Verleumdungen geführt worden sind und nach den Berichten der kommunistischen Presse so siegreich verlaufen sein sollten. Unter den „Nichtorganisierten“ sind in den Berichten der Verbände auch die Gelben angeführt (namentlich bei den Metallarbeitern, wo diese Gruppe 3 v. H. der Gesamtzahl der Mandate in den Betriebsräten besitzt), zum Teil sind hier aber auch Elemente, die den Kommunisten nahe stehen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß gelegentlich auch nach den freigewerkschaftlichen Listen Kommunisten gewählt werden können, allerdings nur solche, denen keine gewerkschaftsfeindlichen Handlungen vorzuwerfen sind. Im ganzen sind die Kommunisten in den Betriebsräten — besonders in den Großbetrieben — immer noch stärker vertreten, als dies sich aus unserer Aufstellung ergibt.

Die Wahlen in den Betrieben mit kommunistischen Oppositionslisten wurden bei der Erhebung besonders erfaßt. Die Zahl solcher Betriebe konnte nicht genau ermittelt werden, da die Angaben für den Bergbau fehlen, wo die Opposition die größte Aktivität entfaltet hat. Insgesamt spielten sich die Kämpfe in Betrieben mit etwa 1 Million Arbeitern ab (517 000 im Bergbau, 311 000 in der Metallindustrie, 86 000 im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes, 30 000 in der Textilindustrie usw.) In der Regel wurden die Oppositionslisten in den Großbetrieben eingereicht. Typisch sind in dieser Hinsicht Daten für die Metallindustrie: Hier fanden Betriebsräte wahlen in 12 478 Betrieben mit 1,5 Millionen Arbeitern statt, die kommunistische Opposition hat dabei ihre Listen nur in 213 Betrieben eingereicht, in denen allerdings etwa 20 v. H. der Gesamtzahl der Metallarbeiter konzentriert sind. In der Textilindustrie wurden die Oppositionslisten in 36 Fällen, im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes in 67 Fällen eingereicht. Es wurden jedesmal solche Betriebe ausgewählt, in welchen die Opposition aus dem einen oder anderen Grunde auf Erfolg rechnen konnte. In einzelnen — allerdings außerordentlich seltenen — Fällen ist es den Kommunisten gelungen, die Mehrheit im Betriebsrat zu erhalten. Im Durchschnitt aber haben sie auch in den ausgewählten und konzentriert bearbeiteten Betrieben auf ihre gemeinschaftlich mit den „Unorganisierten“ auf-

gestellten Listen genau um die Hälfte weniger Stimmen gesammelt, als die freien Gewerkschaften. Auf Grund der Wahlergebnisse läßt sich der Einfluß der Kommunisten in den Betrieben etwa so schätzen: bei fünf Sechstel der Belegschaften wagten sie nicht einen offenen Kampf gegen die Gewerkschaften zu liefern, bei einem Sechstel der Belegschaften haben sie 26,1 v. H. der Stimmen erhalten; im ganzen haben ihnen etwa 4 bis 5 v. H. der Arbeiter den Schutz ihrer Interessen in den Betriebsräten anvertraut, während etwa 80 bis 85 v. H. der Belegschaften zu den freien Gewerkschaften hielten.

Die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung

Die ungeheure Krise der Arbeitslosigkeit hat nach den Berechnungen des Internationalen Arbeitsamts in den wichtigsten Industrieländern der Welt etwa 15 Millionen Arbeiter erfaßt. Mit ihren Angehörigen sind dies mehr als 60 Millionen Menschen, die dadurch in eine schwere wirtschaftliche Notlage versetzt sind. Welches auch die Maßnahmen sein mögen, die national oder international zur Bekämpfung dieses Übels angewandt werden, in keinem Falle kann auf eine wirksame Unterstützung der ohne ihre Schuld in Bedrängnis geratenen Millionen von Arbeitern verzichtet werden. Die 1. Internationale Arbeitskonferenz in Washington hat schon im Jahre 1919 eine Entschließung zur Förderung der Arbeitslosenversicherung in verschiedenen Ländern angenommen. Die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung erfaßten Personen belief sich damals auf etwa 5 Millionen, von denen allein etwa 3,7 Millionen auf Großbritannien entfielen. Heute unterliegen etwa 47,5 Millionen Arbeiter in den verschiedenen Ländern der Welt der Versicherung.

Nachstehende Übersicht zeigt die einer Zwangsversicherung unterliegenden Länder und Versicherter:

Land	Zahl der Versicherten
Deutschland	16 738 000
Australien: Queensland	137 000
Österreich	1 500 000
Bulgarien	287 000
Großbritannien und Nordirland	12 100 000
Freistaat Irland	284 000
Italien	2 600 000
Polen	1 033 000
Schweiz (9 Kantone)	150 000
Rußland	10 000 000
Insgesamt:	44 629 000

Eine freiwillige Versicherung besteht in folgenden Ländern:

Land	Zahl der Versicherten
Belgien	628 000
Dänemark	288 000
Finnland	—
Frankreich	200 000
Norwegen	43 000
Niederlande	388 000
Schweiz (14 Kantone)	165 000
Tschechoslowakei	1 129 000
Insgesamt:	2 841 000

Ein positives Ergebnis

Man sage nicht, daß die Bemühungen der Reichsregierung ohne Erfolg sind. So z. B. hatte das Institut für Konjunkturforschung im Oktober angenommen, daß Deutschland Ende des Jahres 3,5 Millionen Arbeitslose haben werde. Diese Meldung wie so viele andere dienten den deutschen Schwerverdienern, genannt „Führer der Wirtschaft“, unterstützt von ihrem Verwaltungsrat, genannt „Deutsche Reichsregierung“, dazu, ihre Lohnabbauaktion zu verschärfen. Es ist nicht zu bestreiten, sie hatten mit Unterstützung eines willfährigen Schlichtungsapparates auch Erfolg.

Wir kennen den lächerlichen Dreh der Begründung des Lohnabbaues. Er soll zur Verbilligung der Waren, damit zur Belebung des Marktes, in Fortsetzung zur Ankurbelung der Industrie und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen. Verschämt schweigen sie sich darüber aus, wer den Markt beleben soll, wenn die Massenkaufkraft so unversämlich gedrosselt ist.

Und der weitere Erfolg? Sicher haben die modernen Raubritter zu ihrem Reichtum neuen gehäuft. Entscheidend ist aber, daß statt der 3,5 Millionen Arbeitsloser 4,5 am Jahresende vorhanden waren. Regierung und Unternehmer können stolz sein, wie „richtig“ sie das Ergebnis ihrer Maßnahmen einschätzten. Die Arbeitslosigkeit wächst weiter!

Jedoch das ist nicht alles. Die Zigarettenfabriken haben beschlossen, die Preise nicht zu erhöhen — wie gnädig —, sondern in Zukunft statt 10 nur 9 Zigaretten in der Packung zu liefern. Also doch Preiserhöhung. Dazu haben sie verfügt, daß in Zukunft Zigaretten nur mehr in ganzen Packungen verkauft werden dürfen, wer einzeln verkauft, wird bestraft. Und die Regierung, sie schweigt dazu. Die Kartellhauptidee ordnen an und der Konsument hat sich zu fügen. XYZ.

VERBAND UND BERUF

Berufen

„Beruf“ ist ein tiefes, schönes, gehaltvolles Wort. Einen Beruf haben, heißt im ursprünglichen Sinne, zu etwas berufen zu sein. Aus dem innersten Wesen heraus etwas zu schaffen. So zu wirken, wie es das innere Tatverlangen gebieterisch erheischt.

Es gibt nicht viele, die in solchem Sinne einen Beruf erfüllen. Das Arbeitsleben drängt immer mehr auf Mechanisierung, Technisierung hin, und nur ein neuer Arbeitsgedanke, der mit der neuen Wirtschaft kommt und kommen muß, wird die Maschine einmal zur wahren Befreierin des Menschen machen, indem sie das Mechanische schafft, daß es dem Menschen gegeben, mit Hirn und Hand berufen für den Menschen zu arbeiten in neuem freien Werk.

Das Heiligste dieses Berufseins ist dann das innerliche, sittliche Verhältnis des Menschen zu seinem Werke. Gemeinschaft stellt ihn dann an seinen Platz. Gemeinschaftlich zu wirken, ist dann die Bestimmung eines jeden. Und Liebe ist es, Liebe zum Ganzen, Einsgefühl mit aller Bruderwelt, das jeden dann auf seinem Platze schaffen läßt.

Und wer vielleicht auch heute schon in seinem Schaffen glücklich ist: berufen wird er erst morgen sein zu heiligem Werke. *Gustav Hoffmann.*

Der Lohnkampf im Formenstich

Am 31. Januar d. J. fanden in Köln neue Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien statt, um einen neuen Tarif zu schaffen. Es ist bei diesen Tarifverhandlungen noch zu keinem Ergebnis gekommen. Zu Verhandlungen über die Mantelbestimmungen des Tarifes ist es überhaupt noch nicht gekommen, weil über den Lohn kein Einverständnis erzielt werden konnte. Die Unternehmer bestehen auf einen Lohnabbau. Sie haben zwar ihr Angebot von 1,03 Mark auf 1,08 Mark und zuletzt auf 1,10 Mark Spitzenlohn erhöht. Zu weiterem Entgegenkommen wollten sie aber keine Vollmacht haben.

Die Gehilfenvertreter haben dieses Angebot abgelehnt, und damit waren die Verhandlungen gescheitert. Der Kampf geht also im Formenstich weiter. Es mehren sich die Fälle, wo einzelne Kollegen zu dem alten Tariflohn angefordert werden. In einem Falle ist auch eine Verständigung zwischen den Kollegen und dem Unternehmer zustande gekommen. Die Kollegen haben auf der Grundlage von 1,18 Mark die Arbeit wieder aufgenommen.

Inzwischen haben die Unternehmer den Antrag an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, durch Schiedspruch die Differenzen zu schlichten. Es dürfte deshalb in kürzester Frist eine Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium stattfinden. Über das Ergebnis wird den Kollegen berichtet werden.

Es wird von den Kollegen erwartet, daß sie weiter zusammenstehen, um die Ansprüche der Unternehmer auf Lohnabbau abzuwehren.

Die Berliner Formstecher

hielten ihre Generalversammlung am 28. Januar 1931 im Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung ab:

1. Jahresbericht, 2. Verbandsangelegenheiten, 3. Neuwahlen, 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt gab der Gruppenleiter seinen Jahresbericht und betonte dabei, daß wieder einmal ein unglückseliger Stern über den Formstechern gestanden hat. Wird es bei den meisten Kollegen doch bald ein Jahr, daß sie ohne Arbeit sind. Trotzdem hat sich keiner verleiten lassen zu niedrigerem Lohn Arbeit anzunehmen. Durch das Verlangen und Festhalten der Unternehmer an einem 30prozentigen Lohnabbau entstand tariflose Zeit, was die Kollegen zu Kampfmaßnahmen zwang. Auch Berlin blieb nicht vom Kampfe verschont und mußten die letzten paar Kollegen die Arbeit niederlegen. Mit einem kurzen Hinweis auf andere Begebenheiten schloß der Vorsitzende seinen Bericht.

Zu Verbandsangelegenheiten wurden einige Mitteilungen gemacht. Anschließend berichtete Kollege Liegener ausführlich über den Stand der Bewegung. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Kollegen außer ein paar Ausnahmen treu zur Stange halten. Die geschlossene Abwehr hat denn auch mit bewirkt, daß die Unternehmer bereit waren, wieder zu verhandeln. Auch wurde ein Schreiben bekanntgegeben, das die Berliner Formstecher verdächtigt, Heimarbeit zu leisten. In der hierauf folgenden Aussprache wurde das Schreiben als eine Verleumdung und ein Versuch bezeichnet, Uneinigkeit unter die Kollegen zu tragen. Es scheint, daß bei den Berliner Formstechern versucht wurde, was bei den Coswigern nicht gelang. Es wurde hierzu folgende Erklärung angenommen: Die Berliner Formstecher weisen die Vorwürfe von Herrn Dr. Fochem zurück

und erklären auf Ehrenwort, keine Heimarbeit geleistet zu haben.

Das Verhalten der wenigen Außenseiter wurde bedauert, sind es doch meistens nicht die besten Kräfte, die ihren Kollegen in den Rücken fallen. Sie werden bald den Dank des Unternehmers erhalten, wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben. Beim Punkt Neuwahlen wurden auf Vorschlag alle Kollegen wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte den Kollegen für das wieder entgegengebrachte Vertrauen. Im Verschiedenen wurden einzelne örtliche Angelegenheiten geregelt.

Ein Forschungsinstitut für das graphische Gewerbe

Wir berichteten schon früher über die Absicht der Gründung und Förderung eines Forschungsinstituts für das graphische Gewerbe, das technische und wissenschaftliche Forschungen anstellen sollte. Ein solches Forschungsinstitut wäre sehr im Interesse des graphischen Gewerbes gelegen. Wie die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, das Organ der Buchdruckereibesitzer, berichtet, sind die Vorarbeiten für dieses Forschungsinstitut unter Führung des deutschen Buchdruckervereins bereits vor längerer Zeit in Angriff genommen worden, indem man mit der technischen Hochschule zu Berlin zwecks Angliederung eines solchen Forschungsinstituts in Verbindung getreten ist. Die „Zeitschrift“ schreibt:

„Die dafür in Frage kommende Fakultät für Stoffwirtschaft der Technischen Hochschule zu Berlin zeigte auch Interesse für diese Pläne, so daß die Verhandlungen mit dem Ministerium für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft aufgenommen wurden, nachdem die hauptsächlichsten Organisationen der graphischen Industrie ihre Beteiligung zugesagt hatten. Auf Vorschlag des Ministeriums sollten die sich beteiligenden Organisationen des graphischen Gewerbes in einem besonderen Verein zusammengefaßt werden, so daß als Gründer des Institutes selbst das Ministerium, die Technische Hochschule und der sich aus den graphischen Verbänden zusammensetzende Verein auftraten. Für das Forschungsinstitut wurde dann eine Satzung entworfen, die inzwischen auch vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung genehmigt worden ist. Als Leiter des Instituts ist Herr Professor Lehmann ernannt worden. Zwecks Gründung des Vereins traten nunmehr am 27. Januar nachstehende Verbände in Berlin zusammen:

der Deutsche Buchdrucker-Verein E.V.,
der Bund der Chemigraphischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands E.V.,
der Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer e.V.,
der Verein Berliner Buchdruckerei-Besitzer E.V.,
die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft,
der Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E.V.,
der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer E.V.
Diese errichteten den „Verein zur Gründung und Förderung des Forschungsinstituts für das graphische Gewerbe E.V.“ Außerdem waren zu der Gründungsversammlung Vertreter der Gruppe I (Berlin) des Bundes der Chemigraphischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands E.V. sowie der Direktor der Reichsdruckerei anwesend, die für ihre Organisationen die Beteiligung nach erfolgter Einregistrierung des Vereins mit einem bedeutenden Beitrag zusagten. Ebenfalls wird die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft dem Verein noch nachträglich beitreten. In der Gründungsversammlung wurde eine Satzung beschlossen, nach welcher der Vorstand des Vereins aus neun Mitgliedern besteht. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt:

Albert Frisch (Berlin), Vorsitzender,
Hans Sternheim (Berlin), stellvert. Vorsitzender,
William Wolff (Berlin), Schatzmeister,
Generaldirektor Dr. Woelck (Berlin), stellvert. Schatzmeister,
Eugen Mahlau (Cronberg i. T.),
Dr. Hagebel (Berlin),
Dr. Zimmermann (Leipzig),
Dr. Scheuer (Berlin),
Rudolf Ullstein (Berlin).

Gleichzeitig wurde ein Antrag an das Amtsgericht Berlin-Mitte auf Eintragung des Vereins in das Vereinsregister vorbereitet. Sobald die Einregistrierung erfolgt ist, wird der Vereinsvorstand zusammenzutreten, um acht Mitglieder für das Kuratorium des Instituts sowie den Technischen Beirat des Instituts, der die Verbindung zwischen dem Institut und der graphischen Industrie aufrechterhalten soll, zu wählen. Nachdem auch die Formalitäten ihre Erledigung gefunden haben, wird voraussichtlich das Institut seine Arbeit zum Beginn des Sommersemesters aufnehmen können.

Es würde über den Rahmen dieses Berichts über die Gründungsversammlung des Vereins hin-

ausgehen, eine Übersicht darüber zu bringen, welche Forschungsarbeiten von dem Institut geleistet werden sollen. Dies soll einem späteren Artikel vorbehalten bleiben. Zu den Hauptarbeiten des Instituts werden aber insbesondere gehören:

1. die Prüfung von Erfindungen, die für das graphische Gewerbe von Interesse sein können;
2. die Prüfung neuer Druck- und Reproduktionsverfahren;
3. die Untersuchung und das Ausprobieren neuer Maschinen;
4. die Heranbildung von Arbeitskräften für die Praxis auf wissenschaftlicher Grundlage;
5. die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse;
6. die Schaffung einer Stelle für technische sowie Patentliteratur.

Es ist zu begrüßen, daß sich die maßgebenden Verbände des graphischen Gewerbes zum Zwecke der gemeinsamen technischen und wissenschaftlichen Forschung zusammengefunden haben.

Wie gesagt, ist die Errichtung eines Forschungsinstituts für das graphische Gewerbe zu begrüßen. Aber auch hier zeigt sich wieder die alte Überheblichkeit der Unternehmer. Die „maßgebenden“ Verbände des graphischen Gewerbes... haben sich zusammengefunden. Da die Verbände der Gehilfenschaft an der Forschungsstelle nicht beteiligt sind, sind sie also auch nicht maßgebend. Verbände des graphischen Gewerbes. Wieder wird die alte Unternehmeransicht produziert, daß die Gehilfen bloß zu arbeiten und im übrigen das Maul zu halten haben. Natürlich auch, wenn es um die Löhne geht. Die Gehilfen sind doch auch bloß Arbeiter.

Hilfe für die arbeitslosen Chemigraphen

Seit der Erfindung der Chemigraphie hat das Verfahren keinerlei grundlegende Veränderungen erfahren. Die im Beruf beschäftigten Gehilfen wissen das wohl, nicht immer aber die Leute, die in einflussreichen Positionen verantwortlich für den Betrieb zeichnen. Es kann darum nicht Wunder nehmen, wenn selbst in gut eingerichteten Anstalten mit gut geschultem Personal Verfahren eingeführt werden, die ihre Minderwertigkeit schon im Angebot beweisen. Ein derartiges Angebot liegt wiederum hier in Originalreproduktion vor.

Zirias;

Graph.Kunstanstalt

Während immer wieder neue Erfindungen die Arbeiten in den Druckereien vereinfachen, untersteht sich in der Chemigraphie der heutige Stand der Technik insofern nicht wesentlich von dem Zustand, wie er schon vor Jahrzehnten war, als das man sich das alten Arbeitsverfahren der Klischeeherstellung bedient.

In der Chemigraphie faßt daher der Gedanke immer mehr Fuß, den Arbeitsprozess zu rationalisieren. Diese Bestrebungen stellen besonders daraufhin die Arbeiten zu vereinfachen und den Höchstlohn zu steigern.
Es ist darum sehr wesentlich in der Herstellung der Autotypie-Ätzung eine Änderung zu schaffen. Durch langjährige Erfahrungen und Erproben bringe ich Ihnen heute ein neues Verfahren, wo Sie Zeit und Arbeitslohn des Ätzers ersparen. Sie stellen heute nach meinem Schnellätzverfahren, ohne Maschine, eine Autotypie-Ätzung in Zirk innerhalb von 15 Minuten, ohne jegliche Deckung in erstklassiger Bildwiedergabe mit gewaltiger Drucktiefe her. Ihr Ätzer benötigt zur Herstellung einer Autotypie-Ätzung in Zirk 2-3 Stunden, Arbeitslohn 2-3 Stunden, außerdem pausiert er häufig, daß durch diese Deckungen Formenveränderungen entstehen, und Sie dadurch Reklamationen bekommen und die Kundchaft verlieren können.

Ätzer, Verdrüß und Arbeitslöhne ersparen Sie bei meinem Verfahren. Haben Sie heute in Ihrem Betriebe beispielsweise 5 Ätzer beschäftigt, so liefert Sie täglich 20 Ätzungen, nach meinem Verfahren gearbeitet beschäftigten Sie heute 1 Ätzer, dieser liefert Ihnen in 6 Stunden 24 Ätzungen, Sie haben dadurch mehr verdient, liefern Qualitätsarbeit und ersparen die Arbeitslöhne von 4 Ätzern.

Sollten Sie Interesse haben, dieses Verfahren auch Ihren Betriebe nutzen zu machen, so benötige ich zur Einführung 2 Tage und würden auf den Tag 25 RM Spesen kommen. Außerdem für das eingeleitete Verfahren ein einmaliger Abtand von RM 300.-. Diesen Abtand können Sie nach Überläuferzeit auch ratenweise abbezahlen.
Ich hoffe gern, daß auch Sie nunmehr Veranlassung nehmen werden, mein Verfahren, über deren Vorzüge Sie Näheres in der beigefügten Broschüre finden, ausschließlich in Ihrem Betriebe zu verwenden.

Impulslohn empfehle ich sich Ihnen bestens und schnelle

hochachtungsvoll,

Edgar Hejzine
Plauen/Vgl.1. Hammer, 33. 6.

Es ist keine kühne Behauptung, wenn die Gehilfen sagen: Neue Verfahren der Chemigraphie, die unter dem Vorwand, am Gehilfenlohn sparen zu können, angeboten werden, haben geringe Vorteile. Der Lohn ist das kleinere Unkostenkonto am Fertigfabrikat. Wenn sich darum ein neues Verfahren nur wegen des einzusparenden Lohnes bewähren soll, dann ist eben der Profit gering. Es würde zu weit führen, vorliegendes Angebot auch technisch unter die Lupe zu nehmen. Wir können aber mit gutem Gewissen verraten, daß die beigefügten Musterdrucke von einer Qualitätsbescheidenheit zeugen, die wir von der Kundenschaft nicht gewöhnt sind. Haben wir auch technisch von solchen Angeboten nichts zu befürchten, so passen dieselben doch in die heutige Zeit, in der die Regierung in Verbindung mit den Gewerkschaften Arbeitsbeschaffungsprogramme erwägen, wie die Faust auf den Magen der Arbeitslosen. Von dieser Sorte Gewerdepolitiker haben die arbeitslosen Chemigraphen keine Hilfe zu erwarten.
Max Schöbel.

LITERATUR UND KUNST

Soldaten, Flugzeuge, Schiffe und Kanonen

„Was willst du werden, Kind!“
Der Vater sprach's gewichtig, mit Betonung.
Soldat, o Vater! Soldat!
Ich möchte schießen lernen! Die Mutter sann
Und sah verblutet ihren Sohn im Sarge.

Ikarus Sehnen ist erfüllt; —
Vor dem Motorgeknatter metallner Riesenvögel
Aufschreckend flieht der Adler.
Sie fliegen stolz und so sie Hunger spüren,
Fällt vorbereitend ein Bombensortiment zur Erde.

Die größten Wasser überwindend
Dampft das Schiff nach fremden Küsten
Mit Gütern tausendfach.
Jedoch, was Großes Menschengestalt ersann,
Im schlanken U-Boot schon liegt es begraben.

So billig war noch nie der arme Mann,
So dumm ist kaum ein „Esel!“
Kanonen warten „überalles in der Welt“
Nur ungern ungeladen.
Kanonen müssen brüllen. *Alexander Merly.*

Die Reise

Mirkow saß noch niemals auf der Eisenbahn.
Zu seiner Zeit war das keine Seltenheit: es gab
viele, die ihr ganzes Leben in einem Orte
verbrachten. Mirkows Dasein bestand aus folgendem:
Müde trug er seine aus billigem Zeug hergestellte
Steuerbeamtenuniform, dreißig Jahre, und es
geschah nichts Besonderes mit ihm. Da kam der
Befehl, er möchte sich auf die Eisenbahn setzen
und einige Akten persönlich nach Uzhovor bringen,
welche Kleinstadt von Moskau zweihundert
Kilometer entfernt lag. Das entsprach damals
einer Reise von einem Tag.

Mirkow beichtete, bekam vom Popen Absolution,
und er nahm Abschied von seiner Frau und
seinen Kindern; dann ging er, reichlich mit Reise-
proviand versehen, nach dem Bahnhof. Es war
der dritte Weihnachtstag. Mirkow löste Fahrkarten,
gleich zwei, für den Fall, daß er eine verlieren
sollte. Er kaufte sich einen Fahrplan, las genau
alle im Wartesaal ausgehängten Warnungen vor
Spionen und Taschendieben und wartete geduldig
auf die Abfahrt seines Zuges.

Bis dorthin waren es noch reichlich zweiein-
halb Stunden. Trotzdem erkundigte er sich bei
jedermann, ob er sich nicht verspäten werde und
hatte ständig das Gefühl, man hinterführe ihn.

Da trat ein gutaussehender, rotbärtiger Mann
an ihn:

„Warum so erregt, Brüderchen?“ fragte er
freundlich.

Mirkow blickte mißtrauisch auf den Fremden
und antwortete nicht.

„Ich“, sagte dieser, „reise viel und stehe Ihnen
gern zu Diensten. Wohin fahren Sie übrigens?“

„Nach Uzhovor“, antwortete Mirkow und ge-
stand, daß er noch niemals mit der Eisenbahn
gereist sei. „Wieviel Zeit habe ich noch bis zur
Abfahrt?“ fragte er dann den entgegenkommenden
Rotbärtigen.

Dieser zog aus der Tasche eine riesige silberne
Uhr und meinte:

„Seien Sie nicht so erregt, Brüderchen. Sie
sind noch niemals gereist und darum so unruhig.
Ich aber habe schon die ganze Welt befahren...“
Und schlau lächelte er.

„So?“, staunte Mirkow. „Und Sie haben nie-
mals den Zug verspätet?“

„Nein!“, sagte stolz der Mann mit dem roten
Bart. „Aber sagen Sie mal, Sie sind doch der
Gehilfe des Notars Kallinin, was führt Sie nach
Uzhovor?“

„Ich muß einen hartnäckigen Schuldner end-
gültig erledigen.“

„Was Sie nicht sagen?“ staunte der Fremde.
Und wie heißt der Unglückliche?“

„Irgendein... Rackow.“

„So, ich kenne auch einen Rackow... aber
der wohnt in Petersburg. Übrigens, Sie wissen
ja, welche Unmenge Rackows es in Rußland gibt.“
Und der Rotbärtige fing an über etwas anderes
zu sprechen. Doch plötzlich schlug er sich auf
die Stirn.

„Sie sagten, Sie reisen nach Uzhovor.“

„Jawohl, mein Herr!“

„Aber dann hätten Sie doch schon längst ein-
steigen müssen!“

Mirkow erschrak. Von seiner Stirn rannen
Schweißtropfen.

„Also dann habe ich den Zug versäumt“, stam-
melte er entsetzt.

„Noch nicht, noch nicht“, beruhigte ihn der
Fremde. „Kommen Sie nur schnell, hoffentlich
erreichen wir ihn noch.“

Sie rannten hinaus und fanden tatsächlich noch
den Zug. Der Rote stieg gleichfalls ein; denn er
reiste, wie er sagte, in derselben Richtung. Wäh-
rend Mirkow in einem breiten Abteil, das von an-
deren Reisenden bereits vollbesetzt war, Platz
nahm, suchte sein Begleiter den Schaffner und
löste bei ihm irgendeine Fahrkarte, die er später
geschickt mit Mirkows Billett vertauschte, ohne
daß dieser es merkte.

Von da an verging lustig die Zeit. Mirkow
fühlte sich zwar am Anfang der Reise etwas übel,
und es wurde ihm schwindlig — aber sein Ge-
treiber bot ihm guten Wodka an, der ihn schnell
auf „unterte“.

Der Rotbärtige versicherte ihm nachher, er
könne getrost schlafen, Uzhovor sei noch weit.
Mitternachts stieg der Fremde aus dem Zuge,
nachdem er sich von Mirkow herzlich verabschie-
det und ihm seine Wodkaflasche zurückgelassen
hatte.

Mirkow schlief sofort ein und durchquerte in
seinem Traum niemals gesehene herrliche Land-
schaften.

Es war schon hell, als er erwachte. Er be-
fand sich allein im Abteil. Stationen mit frem-
den Namen huschten im morgendlichen Nebel vor-
bei. Mirkow beobachtete gespannt die Tafeln,
aber Uzhovor tauchte nicht auf. Da öffnete er sein
großes Paket und fing an zu frühstücken.

Der Schaffner kam vorbei. Mirkow fragte ihn,
ob Uzhovor noch weit sei. Der Mann staunte erst,
dann bemerkte er die Wodkaflasche.

„Jawohl, weit“, lachte er, „sehr weit.“

Mirkow kam am Neujahrstag in Jekaterinoslaw
an. Von da an war er vollkommen verwirrt, und
man erfuhr nur über ihn, daß ein Bekannter ihn
ein Jahr später in der Krim traf. Wahrschein-
lich fand er sich niemals nach Moskau zurück.

Iwan Iwanowitsch Rackow, der schlaue rot-
bärtige Fuchs, aber lacht wahrscheinlich jedes-
mal in seine Faust, wenn er sich entsinnt, wie es
ihm gelang, zur Bezahlung seiner Schulden einen
neuen Aufschub zu gewinnen.

*Berechtigte Übertragung aus dem
Ungarischen von A. Pöltzer.)*

Zwei neue Bücher der Büchergilde Gutenberg

Die Büchergilde Gutenberg, die Buchgemein-
schaft besonders der graphischen Arbeiterschaft,
hat wieder als Dreimarkbände nur für ihre Mit-
glieder zwei schöne Bücher herausgebracht: *Weib
im Strom*, von Frederik Parelius. *Die Arena*,
von Blasco Ibanez.

Der norwegische Schriftsteller Frederik Parelius
hat mit seinem Roman „Weib im Strom“ die Ge-
schichte eines Dienstmädchens geschrieben, die
trotz des skandinavischen Milieus allgemeingül-
tige Bedeutung hat. Die gesellschaftlichen Ver-
hältnisse Norwegens unterscheiden sich wenig von
denen der mitteleuropäischen Länder, und ein
Dienstmädchen ist hier wie dort das Aschenputtel
der Besitzenden. Parelius läßt ein verwaistes Bau-
ernmädchen aus einem weltentlegenen norwegischen
Winkel nach Oslo als Dienstmagd gehen. Gunvor
muß sich einen anderen Namen geben lassen, sie
muß schwer arbeiten, wird schlecht behandelt, und
der gnädige Herr steigt ihr nach. Er versteht es,
sie bei ihren Gefühlen zu fassen, und das Ende
vom Lied ist, daß sie ein Kind bekommt. In
einem Frauenasyl bringt sie den Jungen zur Welt,
aber sie läßt sich nicht klein kriegen und gibt den
richtigen Vater an, was dem freilich nicht mehr
kostet als 40 Kronen jährlich. Als sie dann später
in einer Plätterei arbeitet, läßt sie sich ein zweites
Mal anführen. Sie muß jetzt bitter um ihre
Existenz kämpfen, gleitet von Stufe zu Stufe und
gerät schließlich „auf den Strich“. Aber schließ-

lich reißt sie die Kurve ihres Lebens herum, sie
arbeitet sich wieder hoch, macht sich selbständig,
nimmt ihre Kinder wieder zu sich und hält sich
auch aufrecht, als das Leben ihr auch dann noch
jedes Glück versagt und es ihr nicht gelingt, die
ihr entfremdeten Kinder innerlich zu gewinnen.
Trotzig, ohne Illusionen, bitter lachend, findet sie
sich mit den Tatsachen ab, eine alleinstehende
Frau, die ein hartes Leben hart gemacht hat.
Man merkt es auf jeder Seite dieses Romans, daß
der Autor ein Stück aus dem Leben geformt hat,
aus dem Leben, wie es wirklich ist. Darin und in
der packenden Realistik der Darstellung liegt die
große Kraft dieses Buches.

„Die Arena“ ist ein anderes Buch. Es handelt
vom Stierkämpfer. Der stets von einem leiden-
schaftlichen Orchestergewitter begleitete Auftritt
des Stierkämpfers in der Oper „Carmen“ hat die-
sem Beruf auch bei uns etwas Heroisches und Ro-
mantisches gegeben, und wir sind gern dazu be-
reit, die Frage nach der Wirklichkeit zu verges-
sen. Der Stierkämpfer, wie er in Wirklichkeit ist,
wird uns im Roman „Die Arena“, von Vicente
Blasco Ibanez, gezeigt. Der große realistische
Romanancier des modernen Spanien hat der Figur
des Stierkämpfers die glänzende Uniform, den
Zauber der Tollkühnheit und die Sehnsucht nach
der Trunkenheit des Massenbeifalls gelassen. Er
zeigt aber auch, wie dieser Sohn eines Flick-
schusters als vagabundierender Torero in der Pro-
vinz beginnt, wie er durch Verwegenheit und Glück
Matador wird, zu Ansehen und Reichtum kommt,
wie er aber dabei von einer Arena in die andere
gejagt wird und wie bei 72 Stiergefechten in
einem Jahr alle Romantik zum Teufel geht. In
Wirklichkeit ist dieser Liebling der Menge der
Sklave der Menge, und das Hosanna verwandelt
sich schnell in ein höhnisches „Kreuziget ihn!“
als der Matador infolge einer Verwundung und
der dann nicht mehr von ihm lassenden aber-
gläubigen Furcht seine alte Verwegenheit einbüßt.
Da er den Schimpf aussetzen muß, stürzt sich
der Stierkämpfer blindlings ins Verderben. Mit
aufgeschlitztem Bauch wird er aus der Arena ge-
tragen. Die Sensationslust der Menge hat ihr
Schauspiel. In Wirklichkeit ist sie die einzige,
die wirkliche Bestie der Arena. — Das außer-
ordentlich erlebnisstarke und temperamentvoll
geschriebene Buch weist alle Eigenschaften eines
Schriftstellers auf, der, selbst ein Spanier, nie ge-
zögert hat, seinem Volke ein getreues Spiegelbild
entgegenzuhalten.

Mitglied der Büchergilde Gutenberg kann je-
der werden. Für 1,— Mark monatlichen Beitrag
gibt es die besten Bücher. Wer an seinem Ort
keine Verbindung mit der Büchergilde findet,
erhält Auskunft auch in Berlin SW 61, Dreibund-
straße 5.

Tonschutz

für Offset-, Zink- und Steindruck
seit 1910 bestens bewährt bei großem Flächenruck,
empfeht das Kilo zu 2,50 RM. ab Nürnberg. Probe-
sendungen nicht unter 5 Kilogramm.

Hans Rüll, Nürnberg,
Sandrartstraße 52.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 50
Tel. F. 3 Oberbaum 22 85

Das Berechnungswesen des Steindrucks

von Alfred Weck. Preis inklusive Nach-
nahme und Porto 1,90 RM. Zu beziehen durch

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.